

Fragestunde zur Nordumgehung

Sondersitzung am 1. März im Löhner Rathaus

■ **Löhne** (juk). Der Bürgermeister rechnet mit Besuchern. Aber nicht mit hunderten, wie in Bad Oeynhausen. Und deshalb wird Kurt Quernheim den Stadtrat auch wie gewohnt in den Ratssaal einladen und nicht etwa in die Werretalhalle, wenn sich das Stadtparlament am Donnerstag, 1. März, 18.30 Uhr, in einer Sondersitzung mit dem Thema Nordumgehung befassen wird.

Der Löhner Bauamtsleiter Wolfgang Helten wühlt sich derzeit durch die Aktenordner mit dem Planfeststellungsbeschluss. Er nimmt die Pläne zur neuen Autobahn aus Löhner Blickwinkel unter die Lupe. Wie sind die Planer auf die Forderungen nach besserem Lärmschutz eingegangen? Wurde das Klimagutachten berücksichtigt? Das sind zentrale Fragen, die Helten am 1. März beantworten will.

„Fragen dürfen in der Ratssitzung auch die Bürger,“ verspricht Quernheim. Für die Antworten stehen in der Sitzung auch zwei der Planer bereit: Quernheim hat Ulrich Windhager, den Leiter der Regionalniederlassung OWL des Landesbetriebs Straßen, und Tobias Fischer eingeladen. Fischer ist beim Landesbetrieb für die Pläne der Nordumgehung verantwortlich.

Die können Bürgern und Politikern dann

womöglich auch erklären, warum eine ganz wichtige Forderung der Löhner nicht erfüllt wird: Eine 800 Meter lange Brücke, die das Werretal ganz überspannt, hatten sich die Löhner gewünscht. Im Planfeststellungsbeschluss ist aber nur eine 290 Meter lange Brücke über die Werre vorgesehen. Durch die Uferwiesen soll die Autobahn auf einem Erdwall geführt werden (wir berichteten).

Dafür zeichnet sich ein kleiner Teilerfolg an anderer Stelle ab. Ursprünglich sollte der Eingriff in die Natur durch Anpflanzungen und Renaturierung auf dem alten Truppenübungsplatz auf dem Bischofshagen ausgeglichen werden. Die Löhner hätten diese Ausgleichsmaßnahmen lieber direkt im Werretal. „Da sind wir auf einem guten Weg“, sagte Quernheim.

Mit einem Beschluss des Rates rechnet Quernheim nicht. „Ich kann mir im Moment nicht vorstellen, wie der aussehen sollte.“ Denn klagen könne die Stadt nicht gegen den Planbeschluss, weil ihr auf der geplanten Trasse kein Meter Land gehört. „Das haben wir von einem Gutachter prüfen lassen“, so Quernheim. Ziel der Ratssitzung sei es, zu informieren: „Wir wollen die Planungen transparenter machen.“